



WWW.SP-D-LUEDENSCHIED.DE

Lüdenscheid: Mein Zuhause.



Inhalt

1. Vorwort	Seite 1 – 3
2. Zusammenhalt	Seite 4 - 6
3. Bildung und Kultur	Seite 7 - 10
4. Wirtschaft und Arbeit	Seite 11 - 13
5. Mobilität	Seite 14 - 16
6. Wohnen	Seite 17 - 19
7. Sauberkeit und Sicherheit	Seite 20 - 22
8. Junges Lüdenscheid	Seite 23 - 24
9. Demographie, Gesundheit und Pflege	Seite 25 - 26
10. Die Arbeit der Verwaltung	Seite 27 - 29
11. Sport und Freizeit	Seite 30 - 32
12. Natur und Umwelt	Seite 33 - 35

Vorwort

Lüdenscheid: Mein Zuhause.

Lüdenscheid soll auch in Zukunft das sein, was es für viele Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider ist: Ein Ort, in dem man lebt, in dem man lernt, in dem man arbeitet – vor allem: Zusammenarbeitet.

Die Herausforderungen, die im dritten Jahrzehnt dieses Jahrtausends vor uns stehen, sind gewaltig. Viele von diesen Herausforderungen erwarten große Antworten, die man als Stadt alleine gar nicht geben kann. Dennoch müssen wir auch in Lüdenscheid Ideen finden und umsetzen, damit die Aufgaben auch hier angegangen werden können.

Schon vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie war zu erkennen, dass die Herausforderungen von großem Ausmaß sind. Wie entwickelt sich Lüdenscheid als Industriestadt weiter, damit Menschen hier weiterhin einen guten Arbeitsplatz vorfinden können? Wie ist dieses Ziel mit dem Anspruch, mehr für die Umwelt und unsere natürliche Umgebung zu tun, zu vereinbaren? Wie können wir die Menschen in unseren Bildungseinrichtungen auf diese Herausforderungen vorbereiten und den Prozess des lebenslangen Lernens verbessern? Welche Rolle spielt die Digitalisierung bei diesen Zielen? Einige Antworten auf diese Fragen haben wir in der derzeitigen Situation schneller als gedacht geben müssen. Bei der Rückkehr in das „normale Leben“ ist darauf zu achten, diese Erfahrungen mitzunehmen und nachhaltig weiterentwickeln.

Uns ist schon vorher klar gewesen: Lüdenscheid ist ein Ort, in dem der Zusammenhalt schon immer großgeschrieben wurde. In Vereinen, in der Nachbarschaft und in vielen anderen Gemeinschaften können wir uns aufeinander verlassen. Das ist in den Hochphasen der Corona-Pandemie eindrucksvoll bewiesen worden. Initiativen, Nachbarschaftshilfen und die dezentrale Hilfe, die im Netz organisiert wurde, stehen vorbildlich für das, was Lüdenscheid auch in Zukunft sein soll: Ein Zuhause, in dem man sich aufeinander verlassen kann.

Dies sind die guten Lehren, die wir aus der Corona-Pandemie ziehen können. Kritisch müssen wir darüber nachdenken, wie unser Gemeinwesen noch besser für Notsituationen ausgerüstet ist. In den vergangenen Jahren hat es Lüdenscheid geschafft, trotz des Haushaltssicherungskonzepts neue Angebote einzuführen und Dienstleistungen auch im digitalen Bereich besser zu machen. Wir wissen aber auch, dass die Sparmaßnahmen dazu geführt haben, dass schon im Normalbetrieb an vielen Stellen der Verwaltung an die oberen Belastungsgrenzen gegangen wird.



Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind noch nicht vollständig abzusehen. Für die kommenden Jahre müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden. Dazu gehört, dass wir die Daseinsvorsorge stärken müssen. In guten Zeiten sorgen zum Beispiel eine gute medizinische Infrastruktur, eine vorausschauende Wirtschaftsförderung und eine verlässliche Stadtverwaltung für ein gutes Leben. In Notsituationen retten sie unsere Existenz.

In den kommenden Jahren werden wir auch über Lüdenscheid hinaus mehr tun müssen, um die Daseinsvorsorge zu stärken. Städte und Gemeinden müssen in guten Zeiten Impulsgeber für neue Entwicklungen und ein gutes Zuhause sein. In schwierigen Zeiten sollen sie in der Lage sein, Leben und Existenzen zu sichern und die Rückkehr in ein geordnetes Zusammenleben zu organisieren. Deswegen werden wir uns auch gegenüber dem Land NRW und der Bundesebene dafür stark machen, die Kompetenzen und Möglichkeiten der Städte und Gemeinden zu stärken. Damit Lüdenscheid auch in Zukunft ein sicheres Zuhause sein kann.

In der kommenden Wahlperiode bis zum Jahr 2025 wollen wir Lüdenscheid zum Zuhause der Zukunft gestalten. Unser Wahlprogramm umfasst ein breites Themenspektrum. Der Schutz unserer natürlichen Umgebung und die Stärkung der Daseinsvorsorge bilden die Klammer um unsere politischen Forderungen.

Das Wahlprogramm der SPD Lüdenscheid zur Kommunalwahl ist in vielfältiger Weise mitgestaltet worden. Dabei haben wir ganz bewusst unsere Beteiligungsmöglichkeiten geöffnet, damit auch Menschen außerhalb der SPD ihre „Wünsche für Lünsche“ einbringen konnten. In vielen Gesprächen mit Vereinen, Initiativen, Betriebsräten, Unternehmen, Verbänden und Einzelpersonen haben wir viele dieser Wünsche sammeln können. Auf öffentlichen Veranstaltungen haben wir darüber diskutiert. Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie haben wir für die Sammlung von Ideen unsere Beteiligungsmöglichkeiten im Internet ausgeweitet – sie wurden vielfach genutzt.

Mit der Vorbereitung für unser Programm soll dieser Beteiligungsprozess kein Ende haben. Vielmehr sollen Umfang und Arten der Beteiligung eine Blaupause dafür sein, wie wir die Zukunft unseres Zuhauses künftig gestalten wollen: Zusammen.

Die SPD Lüdenscheid mit ihren Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften sowie die SPD-Ratsfraktion der kommenden Wahlperiode werden diesen Geist der Beteiligung weiterentwickeln und auch Ideen für neue Beteiligungsformen für die Arbeit von Verwaltung und Stadtrat einbringen.



Die Umbrüche dieser Tage können eine Chance für unsere Stadt sein, wenn wir gemeinsam an dieser Chance für unser Zuhause arbeiten. Hierfür benötigen wir ein starkes Mandat der Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider – für eine starke SPD im Stadtrat und Sebastian Wagemeyer als neuem Bürgermeister für unser Zuhause.



Zusammenhalt

Lüdenscheid hält zusammen. Dies haben wir vielfältig schon zu Beginn der Corona-Pandemie erlebt. Schnell wurden Hilfsprojekte ins Leben gerufen, die den Schwächeren unserer Gesellschaft zu Gute gekommen sind. Ehrenamtliche Kräfte haben hier mit Unternehmen und Organisationen zusammengearbeitet, um die schlimmsten Nöte abzuwenden.

Diesen Zusammenhalt benötigt Lüdenscheid auch in Zeiten, in denen das Corona-Virus keine große Rolle spielen wird. Wir erleben einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel, der insbesondere in unserer Stadt spürbar ist. Dieser Wandel – er wird vielfach in diesem Programm dargestellt – erzeugt bei vielen ein ungutes Gefühl, manche haben auch Angst. Die anstehenden oder auch schon laufenden Veränderungen können aber auch eine Chance sein, unsere Stadt auf ein neues Fundament zu stellen. Dies wird uns nur gelingen können, wenn alle Menschen für ihr Zuhause zusammenhalten.

Bei uns leben Menschen aus mehr als 100 Nationen. Lüdenscheid hat eine mehrere Hundert Jahre alte Migrationsgeschichte. Meistens kamen Menschen zu uns, um hier Arbeit und Sicherheit für ihr eigenes Leben zu finden. Damals wie heute ist Arbeit ein wichtiger – wenn nicht sogar der wichtigste – Baustein für gelungene Integration. Auf der Arbeit muss man sich aufeinander verlassen können. Sonst kann es schnell gefährlich werden. Deswegen ist es egal, ob Erwin oder Murat den Gabelstapler fahren beziehungsweise Elif oder Melanie als Krankenpflegerin im OP-Saal arbeiten.

Wenn Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder des Migrationshintergrunds ihrer Familie diskriminiert werden, ist das Rassismus. Leider ist Rassismus in vielen Bereichen immer noch Begleiter unseres Alltags. Wir wehren uns dagegen, hier von „Fremdenfeindlichkeit“ zu sprechen. Unterstellt dieser Begriff doch, dass die Person, die diskriminiert wird, „fremd“ ist. Wer in Lüdenscheid sein Zuhause hat, ist nicht fremd. Sondern unser Nachbar oder unsere Nachbarin. Deswegen werden wir auch in Zukunft nicht zusehen, wenn unsere Nachbarinnen und Nachbarn diskriminiert werden.

Vielfach werden Frauen in unserer Gesellschaft immer noch schlechter gegenüber Männern gestellt. Dies betrifft zum Beispiel die ungleiche Bezahlung bei gleicher Tätigkeit in vielen Branchen. Wir stehen dazu, dass Frauen bei gleicher oder besserer Qualifizierung im Vergleich zu männlichen Bewerbern bevorzugt werden sollen. Flexible und familienfreundliche Arbeitsverhältnisse müssen in der Stadtverwaltung gefördert werden.

Gegenüber den Unternehmen in der freien Wirtschaft wollen wir dafür werben, dass auch dort eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht wird. Innerhalb der Stadtverwaltung soll ein Mentoring und Frauenförderprogramm dafür sorgen, weibliches Fachpersonal zu ermutigen, Führungspositionen einzunehmen.



Für Lüdenscheid als Industriestadt hat Frauenerwerbsarbeit eine lange Tradition. Schon weit vor der Liberalisierung des Familienrechts haben Frauen in Heimarbeit oder als Montiererin in der Fabrik zum Erfolg der hiesigen Unternehmen beigetragen. Auch heute ist der Frauenanteil in Industriebetrieben vergleichsweise hoch. Technologischer Fortschritt und Globalisierung gefährden viele Arbeitsplätze in der Fertigung, die in Lüdenscheid ganz oft von weiblichen Arbeitskräften besetzt werden. Vielfach sind diese Frauen ohne fachliche Qualifikation für den ausgeübten Beruf in das Unternehmen eingetreten. Nicht selten verläuft die weibliche Erwerbsbiografie in dieser Stadt nach dem Muster „Lehre in Handwerk oder Einzelhandel – Montagearbeit im Dreischicht-Industriebetrieb“. Die Gründe liegen auf der Hand: Typische Berufe, die von Frauen ausgeübt werden, versprechen ein geringeres Einkommen als die Schicht- und Montagearbeit in der Fabrik. Hier wird die Digitalisierung zur Gefahr: Un- oder angelernte weibliche Arbeitskräfte kommen weniger mit Elementen der „Arbeit 4.0“ in Berührung als ihre männlichen Arbeitskollegen. Um Frauen in diesem Sektor in Beschäftigung zu halten, muss dringend ein Weiterbildungsprogramm ins Leben gerufen werden.

Insbesondere in Corona-Zeiten zeigt sich, dass vor allem einen Rückzugsraum benötigen, um sich vor häuslicher Gewalt schützen zu können. Hier müssen Politik, Verwaltung und Initiativen an Lösungen arbeiten.

Wir starten gerade in das dritte Jahrzehnt dieses Jahrtausends. Wir setzen uns dafür ein, dass Offenheit gegenüber allen Lebensentwürfen den Stellenwert bekommt, der dieser Zeit angemessen ist. Staat und Gesellschaft müssen ohne Wertung allen Menschen Chancen geben, ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Deswegen muss jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der (sozialen) Herkunft, der sexuellen Orientierung, der politischen oder der religiösen Anschauung bekämpft werden. Für uns ist dabei klar, dass dieses Gebot der Bekämpfung von Diskriminierung nicht von denjenigen ausgenutzt werden darf, die ihrerseits andere Meinungen und Lebensentwürfe ablehnen.

Obdachlose finden zum Beispiel durch die ehrenamtliche Arbeit des Obdachlosenfreundeskreises Angebote der Unterstützung. Diese Arbeit gilt es zu unterstützen. Dennoch müssen Politik und Verwaltung im Bereich der Obdachlosenhilfe mehr tun, weil der Schutz der Schwächsten nicht nur delegiert werden darf.

Wir wollen den Zusammenhalt in unserer Stadt fördern. Konkret bedeutet das...

- Wir fordern eine einheitliche Anlaufstelle für ehrenamtliche Hilfsprojekte bei der Stadt Lüdenscheid, die bei Anträgen und anderen Verfahren helfen soll.
- Die Einführung eines Integrationsberichtes der Stadt Lüdenscheid, der über Probleme und gelungene Projekte berichtet sowie Empfehlungen für zu erledigende Aufgaben abgibt.



- Ein Frauenförderprogramm bei der Stadt Lüdenschied, um Frauen auch für Führungspositionen innerhalb der Verwaltung zu fördern.
- Ein Weiterbildungsprojekt im Rahmen des Qualifizierungschancengesetzes für un- und angelernte Arbeitskräfte in der Industrie, das die Agentur für Arbeit mit den heimischen Betrieben unter Zusammenarbeit mit der VHS ins Leben ruft.
- Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Frauen in Not als Kompensation für die Schließung des ehemaligen Frauenhauses. Die Stadt muss Rückzugsräume für Frauen und Kinder in Notsituationen vorhalten und die Beratung von Frauen in Notsituationen insgesamt stärken.
- Die Einstellung eines Streetworkers für die aufsuchende Obdachlosenarbeit.



Bildung und Kultur

Der Zugang zu Bildung und Kultur muss so frei wie möglich sein. Gleiche Bildungschancen und kulturelle Teilhabe sind Schlüssel für ein funktionierendes Gemeinwesen. Lüdenscheid benötigt daher die beste Bildungsinfrastruktur. Von Kita über Schule und Berufsschule bis zur Hochschule. Wir stehen für lebenslanges Lernen und fördern daher auch den Bereich der Erwachsenenbildung, etwa in unserer Volkshochschule oder unserer städtischen Musikschule. In diesem Bereich ist auch die Erweiterung der Fachhochschule Südwestfalen wesentlicher Faktor hin zur Entwicklung Lüdenscheids zum zentralen Bildungsstandort der Region.

Unsere Bildungseinrichtungen befinden sich auf dem Weg zum digitalen Lernen. Die Corona-Pandemie hat die Geschwindigkeit auf diesem Weg stark beschleunigt und vielfach dazu geführt, aus der Not eine Tugend machen zu müssen. Die Erfahrungen, die nun gesammelt werden, können wesentlicher Bestandteil der bereits begonnenen und zukünftig weiter auszugestaltenden Digitalstrategie für unsere Bildungseinrichtungen sein. Zudem müssen wir uns rechtzeitig darum kümmern, wie möglichst viele Kinder unsere Schulen besuchen können, wenn der derzeitige Ausnahmezustand weiter Bestand haben sollte. Dass alle Kinder die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben, hängt maßgeblich vom Besuch unserer Schulen ab.

Unsere Kultureinrichtungen befinden sich in einem Prozess des Wandels. Durch private Konkurrenz im Netz stehen sie unter Druck. Auf dem Weg in die Digitalisierung müssen wir unsere Einrichtungen eng begleiten.

Der Zugang zu Kultur muss allen Menschen unserer Stadt möglichst frei möglich sein. Kultur und unsere kulturellen Einrichtungen sind für uns wesentlicher Baustein der Daseinsvorsorge und Lebenselixier einer Stadt. Wir stehen für eine Kulturpolitik der Vielfalt und des Mutes. Wir wollen eine offene, solidarische und integrative Kulturpolitik für unser Zuhause. Unterschiedliche Ideen und vielfältige Teilhabe sind Chance und Perspektive zugleich.

Konkret bedeutet das für den Bereich **Bildung...**

- Wir stehen zum Ziel, Gebühren für Bildung abschaffen zu wollen. Schon heute zahlen rund 30 Prozent aller Eltern keine Kita-Gebühren. Die Beitragsfreiheit auch für ein zweites Kita-Jahr wird eine Erleichterung sein. Zusätzlich müssen spätestens nach dem Auslaufen des Haushaltssicherungskonzepts im Jahr 2022 weitere Schritte gegangen werden, um die Beitragsfreiheit zu erreichen.



- Wir setzen uns nicht nur in den städtischen Einrichtungen, sondern auch durch enge Absprachen mit den Einrichtungen der freien Träger für hohe Standards bei der Betreuung und Bildung der Kleinen ein.
- Gesunde und nachhaltige Ernährung in unseren Einrichtungen liegt uns sehr am Herzen. Daher werden wir die Schaffung der Stelle einer Ernährungsberaterin/eines Ernährungsberaters für unsere Kitas und Schulen vorantreiben, um zum einen die Unterstützung der in den Einrichtungen Verantwortlichen sicherzustellen und zum anderen eine ausgewogene, gesunde und nachhaltige Ernährung für unsere Kinder zu gewährleisten.
- Um ausreichend Plätze für unsere Kinder in Lüdenscheid anbieten zu können, gehen wir den bereits eingeschlagenen Weg der konsequenten Schaffung von Kitaplätzen sowohl in städtischer Hand, als auch in der Hand freier Träger weiter und bauen unsere Kapazitäten aus. Dies gilt insbesondere auch für die U3-Betreuung.
- Zentrales Anliegen ist ein möglichst wohnortnahes Schulangebot. Die steigenden Geburtenzahlen führen dazu, dass wir regelmäßig den Bedarf an Grundschulen überdenken, den Ausbau des Ganztagsangebotes vorantreiben und entsprechend handeln werden.
- Der kürzlich verabschiedete Antrag zur Verstetigung der Schulsozialarbeit deutet in die richtige Richtung. In Zukunft muss aber die Schulsozialarbeit zum festen Bestand aller Schulformen gehören. Hier gilt es die Schulsozialarbeit entsprechend auszuweiten. Hier fordern wir das Land NRW eindringlich auf, seiner Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler unseres Bundeslandes nachzukommen und für eine entsprechende Finanzierung Sorge zu tragen.
- Die Schulgebäude sollen und werden nach und nach für die Digitalisierung fit gemacht werden. Mit dem neuen Grundschulzentrum am Wefelshohl wurde musterartig dargestellt, wie es im besten Fall laufen kann.
- Zugleich wird konsequent die Prioritätenliste der allgemeinen Baumaßnahmen an unseren Schulen abgearbeitet, um unseren Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
- Das Projekt zur digitalen Bildung im Rahmen der Regionale 2025, das im April mit dem 1. Stern durch die Südwestfalenagentur bedacht wurde, ist ein wichtiger Baustein. Daher setzen wir uns auf allen Ebenen für eine erfolgreiche Bewerbung und Umsetzung dieses Projektes ein. Auch die Erfahrungen der Schulen im Bereich des digitalen Lernens während der Phase der Corona-Schulschließungen sollen in die Planung und Umsetzung mit einbezogen werden.



- Auch im Bereich der Gebäude sollen im Corona bedingten Bedarfsfall schnelle Lösungen geprüft werden, um allen Kindern die Teilhabe am Unterricht zu ermöglichen. Zu diesen Möglichkeiten können z.B. die zeitweise Reaktivierung von Schulstandorten und anderer städtischer Gebäude oder die Errichtung von Containerlösungen dienen.
- Politisch werden wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Fachhochschule Südwestfalen am Lüdenscheider Bahnhof in der Denkfabrik fester Standort bleibt und in der Folge wachsen und gedeihen wird.
- Lüdenscheid soll zentraler Bildungsstandort der Region werden. Dies bedeutet natürlich auch, dass weiteren Bildungseinrichtungen und/oder Hochschulen aus dem privatwirtschaftlichen Bereich alle Türen und Gesprächskanäle in unsere Stadt offenstehen, ganz gleich ob es nun um die Erweiterung bestehender Angebote oder aber der Schaffung neuer Angebote geht.

Konkret bedeutet das für den Bereich Kultur...

- Wir begleiten unsere Kultureinrichtungen sehr eng auf dem Weg in die Digitalisierung und setzen uns für ihren dauerhaften Erhalt ein.
- Der Zugang zu unseren Kultureinrichtungen muss so frei wie möglich sein. Es ist Aufgabe demokratischer Institutionen, diesen Zugang zu gewährleisten. Unsere kulturellen Einrichtungen sind Teil der Daseinsvorsorge. Wir setzen uns dafür ein, dass dies genau so bleibt.
- Mehr noch: Der Zugang muss noch offener werden. Einige Bevölkerungsgruppen sind nach wie vor unterrepräsentiert. Wir wollen das durch entsprechende Öffnung des Angebots ändern. Die Abschaffung des Nutzer-Beitrags für die Stadtbücherei ist dabei nur ein Baustein.
- Durch Austausch und Vernetzung der Einrichtungen sollen gegenseitige Entlastungen und gemeinsame Vorteile geschaffen werden. So wird ein breites und attraktives Angebot für Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider sowie Auswärtige geboten.
- Darüber hinaus möchten wir auch unsere freien Kulturträger sowie diejenigen, die mit ihrer Kunst unsere Stadt vielfältig bereichern, unterstützen.
- Die Unterstützung von Projekten zur Förderung der kulturellen Vielfalt sind uns ein besonderes Anliegen.



- Die gezielte Beteiligung kulturschaffender und kulturinteressierter Bürgerinnen und Bürger treiben wir weiter voran. Die Stärkung der Beteiligung von Menschen unserer Stadt bei der Erarbeitung kulturpolitischer Ziele hat für uns hohe Priorität.
- Deswegen soll der eingeschlagene Weg des Kulturbeirats konsequent weiter gegangen werden. Diese Initiative soll auch durch städtische Unterstützung gefördert und bereits gesetzte Akzente, wie bspw. die Initiative Kulturdealer, gezielt unterstützt werden.
- Wir setzen uns für die neue Dauerausstellung unseres Museums ein. Nur so kann das Museum zukunftsorientiert entwickelt, in der öffentlichen Wahrnehmung gestärkt und als bedeutender außerschulischer Lernort für die Stadt und unsere Region etabliert werden.
- Ein "Raum für Kunst" soll heimische Künstlerinnen und Künstler aller Richtungen die Möglichkeit geben, in diesem Raum die eigene Kunst darzubieten und / oder Workshops anzubieten. Denkbar ist hierfür die Nutzung eines dauerhaften Leerstands in der Innenstadt. Unter der Planungshoheit der Volkshochschule sollen Künstlerinnen und Künstler sowie Handwerkerinnen und Handwerker die Möglichkeit bekommen, in diesen Räumlichkeiten auch Workshops anzubieten. Denkbar ist hierbei auch eine Kooperation mit dem sogenannten Repaircafé in der Stadtbücherei.
- Die positiven Erfahrungen des Stadtjubiläums im Jahr 2018 sollen genutzt werden, um dauerhafte Angebote daraus zu entwickeln. Die vielfältigen Veranstaltungen im städtischen Raum, die seinerzeit durchgeführt wurden, könnten als Blaupause für einen regelmäßigen "Lüdenscheider Kultursommer" verwendet werden. Unter diesem Titel könnten mehrtägige Darbietungen von zum Beispiel Kunst, Tanz, Musik und Theater in der Alt- und Oberstadt angeboten werden.
- Kulturpolitik in unserer Stadt benötigt Impulse, Offenheit und Mut. Dies muss auch durch die Verankerung in der Verwaltung dargestellt und deutlich werden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass mit der Wahl von Sebastian Wagemeyer zum Bürgermeister der Zuständigkeitsbereich für die Kulturpolitik zum Bürgermeister wechselt.



Wirtschaft und Arbeit

Die Veränderungen der Arbeitswelt sind spürbar. Digitalisierung, Globalisierung und der Wandel im Bereich der Automobilindustrie fordern dabei auch unsere heimischen Unternehmen heraus. Der Ausbruch des Coronavirus hat auch unser Wirtschaftssystem auf den Kopf gestellt. In vielen Betrieben musste Kurzarbeit angemeldet werden. Viele Wirtschaftsbereiche standen sogar komplett still. Wir haben erlebt, dass die Pandemie die globalen Lieferketten und Handelsströme auf Eis gelegt hat – mit erheblichen Folgen für ortsansässige Produktionsbetriebe, die aufgrund fehlender Zulieferteile aus Süd-/Osteuropa nicht produzieren konnten.

Lüdenscheid ist als Industriestandort besonders abhängig von weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie vergrößern die Herausforderungen, die uns aufgrund des technologischen Wandels begegnen werden. Zudem wächst der ökologische Druck: Die Industrie von morgen muss das Leben von Mensch und Natur zusammen ermöglichen!

Lüdenscheid befindet sich planmäßig bis zum Jahr 2022 im Haushaltssicherungskonzept. Es ist erklärtes Ziel gewesen, den strukturellen Haushaltsausgleich bis dahin zu erreichen. Dieses Ziel ist ohne einen Ausgleich der coronabedingten Mindereinnahmen durch Land und Bund allerdings nicht zu erreichen. Dabei sind auch Steuererhöhungen aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation kein geeignetes Mittel, um zeitnah einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Durch den technologischen Wandel benötigt unsere Bildungslandschaft auch Impulse im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Die öffentlichen Bildungseinrichtungen der Berufskollegs des Märkischen Kreises, die städtische Volkshochschule und die Fachhochschule Südwestfalen sollen gemeinsam mit den privaten und gemeinschaftlichen Bildungseinrichtungen dafür Sorge tragen, dass Beschäftigte mit dem technologischen Fortschritt mitgehen können und in Arbeit bleiben.

Gemeinsam mit den Unternehmen und ihren Beschäftigten werden wir daran arbeiten, dass die dargestellten Herausforderungen auch eine Chance für die Zukunft unserer Stadt als Industriestandort sein können. Das traditionell gute Miteinander der Interessenvertretungen von Arbeitgebern und Beschäftigten in Lüdenscheid ist ein wirtschaftspolitisches Pfund, das wir bei der Gestaltung der Zukunft nutzen müssen.

Für Lüdenscheid ist ein wirtschaftspolitisches Leitbild zu erstellen. Neben den industriepolitischen Leitlinien eines nachhaltigen und breit aufgestellten Produktionsstandorts gehören unter anderem die Fachkräftegewinnung und die Stärkung von Handel und Dienstleistungen dazu. Die Bündelung dieser Aufgaben und Ziele ist eine Kernaufgabe von Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing.



Um neue Fachkräfte zu gewinnen und hier lebende Menschen davon zu überzeugen, dass Lüdenscheid auch in Zukunft das beste Zuhause ist, muss ein attraktives Umfeld vorhanden sein. Dazu gehören vielfältige Dienstleistungs- und Handelsangebote. Inhabergeführte Geschäfte und inhabergeführte Gastronomie prägen die Lebensqualität einer Stadt in besonderer Art und Weise. Die Corona Pandemie zeigt, wie schnell inhabergeführte Angebote gefährdet sein können.

Konkret bedeutet das für den Bereich **Wirtschaft und Arbeit...**

Um Beschäftigung zu sichern, neue Arbeitsplätze zu entwickeln und die heimische Wirtschaft zu stärken fordern wir insbesondere:

- Private und öffentliche Aus- und Weiterbildungseinrichtungen sollen ausgebaut werden, um Beschäftigte von heute für die Arbeit von morgen qualifizieren zu können.
- Hohe Investitionen in die Berufskollegs des Märkischen Kreises. Weil dort für die Zukunft ausgebildet wird, muss dort auch für die Zukunft ausgerüstet werden.
- Den eingeschlagenen Weg des Breitbandausbaus für private und gewerbliche Nutzung zu verstetigen.
- Eine Stärkung der Wirtschaftsförderung, um die bestehenden und neuen Betriebe beim Wandel zu unterstützen, weil Unternehmen sich für neue Technologien öffnen müssen. Insbesondere soll Lüdenscheid sich als Standort für Gesundheits- und Medizintechnik stärker entwickeln.
- Eine engere Verzahnung von Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, damit neue Betriebe angesiedelt werden können und unsere Stadt für Fachkräfte attraktiver wird. Gleichzeitig soll das Stadtmarketing durch die Planung von Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Vereinen, Initiativen, Kultureinrichtungen, der heimischen Gastronomie sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren die Stadt spannender machen. Die Stadt soll darüber weit über den Einkaufsort hinaus zu einem Attraktions- und Erlebnisort werden.
- Für die Ausweisung neuer Gewerbegebiete muss es neue Standards geben. Neu angesiedelte Betriebe sollen ihren Beitrag für die Umwelt leisten, indem sie zum Beispiel flächenschonend bauen und Photovoltaikanlagen auf ihren Parkplätzen anbringen. Damit leisten wir einen Beitrag für den Erhalt der Arbeitsplätze und den Umweltschutz. Die Stadtwerke können hier als Partner der heimischen Wirtschaft fungieren.



- Die Einrichtung von Betriebs-Kitas soll im engen Austausch mit den Betrieben vorangetrieben werden. Hier müssen die Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden, denn so wollen und können wir den Standort insgesamt attraktiver machen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für viele Menschen stärken und verbessern.
- Ebenfalls in engen Gesprächen mit unseren heimischen Unternehmen soll die Förderung von Frauen im MINT-Bereich erörtert und forciert werden. Dabei soll insbesondere die Vergabe von Stipendien an junge Frauen in diesem Bereich vorangetrieben, unterstützt und etabliert werden.
- Alte Gewerbeflächen, die nicht mehr als solche verwendet werden, sollen renaturiert oder neuer Nutzungen (zum Beispiel: Wohnungsbau) zugeführt werden. Damit schaffen wir neue Grünflächen und neues Land für Wohnungsbau.
- Auch um dies zu gewährleisten, kann eine Stadtentwicklungsgesellschaft hilfreich sein, die für die Entwicklung von Grundstücken und Gebäuden im Stadtgebiet zuständig sein wird. Die Stadtverwaltung prüft derzeit auch auf Antrag der SPD die Vor- und Nachteile einer solchen Gesellschaft.
- Die Gründung eines „Runden Tisches für die Zukunft der Arbeit“, an dem Betriebsräte, Gewerkschaften, Unternehmen und Verbände gemeinsam mit der Politik an der Zukunft für Lüdenschied arbeiten. Weil wir das nur schaffen werden, wenn wir gemeinsam handeln. Zusammen handeln für unser Lüdenschied, unser Zuhause!
- Auszubildende sollen stärker an die Stadt gebunden werden. Sie sollen in allen städtischen Einrichtungen die gleichen Vergünstigungen wie Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende erhalten.
- Wir wollen in Zukunft nachhaltig das „Cradle to Cradle“-Prinzip fördern. Dieses steht für einen gänzlich anderen Umgang mit unseren Ressourcen und den Stoffströmen im Allgemeinen. Es geht hier um kontinuierliche Materialkreisläufe und die komplette Verwertung von Materialien. Es geht uns um Innovation und Qualität, die für Mensch und Umwelt gesund, nützlich und weniger schädlich ist.



Mobilität

Lüdenscheid liegt mitten im Grünen und ist trotzdem durch die A45 und die Bundesstraßen ein Ort, in dem viel Autoverkehr zu verzeichnen ist. Bedingt durch die Topographie ist Lüdenscheid anders als zum Beispiel das Münsterland kein Ort, in dem der Radverkehr eine große Rolle spielt. Allerdings erleichtern beispielsweise E-Bikes die Fortbewegung mit dem Fahrrad trotz der Vielzahl an Höhenmetern, die in Lüdenscheid zu fahren sind und dies hat auch schon zu einer deutlichen Zunahme an Zweiradfahrern geführt.

Dank des Einsatzes der SPD ist die Zugverbindung von Lüdenscheid nach Köln (RB 25) reaktiviert worden und auch die Verbindung nach Hagen und Dortmund ist attraktiver geworden. Dennoch ist - insbesondere um eine Alternative für Berufspendlerinnen und -pendler darzustellen - eine schnellere und enger getaktete Linienführung notwendig.

Der Wandel der Mobilität ist nicht nur in den Industriebetrieben dieser Stadt spürbar, die Teile für die Automobilindustrie produzieren. Immer mehr Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider bewegen sich auch ohne Auto in ihrer Stadt fort. Es ist wichtig, allen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern unabhängig von ihrem Fortbewegungsmittel gleichermaßen ein sicheres und bequemes Fortbewegen zu ermöglichen. Dabei setzen wir auch darauf, die Menschen mit ihren unterschiedlichen Fortbewegungsmitteln nicht gegeneinander auszuspielen.

Auch in Zukunft werden viele Menschen mit dem Auto durch Lüdenscheid fahren. Dennoch müssen wir alle übrigen Fortbewegungsmittel stärken, um einen Beitrag zur Abwehr des Klimawandels zu leisten. Wir müssen an gemeinsamen Lösungen arbeiten, die von möglichst allen in Lüdenscheid akzeptiert werden. Damit wir zusammen die Mobilitätswende gestalten. Dafür bauen wir auch auf vorhandene Netzwerke, z. B. als Mitglied im Netzwerk Mobilität.

Konkret bedeutet dies für unser Zuhause im Bereich der **Verkehrspolitik...**

- Das durch den Rat der Stadt beschlossene Klimaschutzkonzept ist Leitlinie für politisches Handeln im Bereich des Straßen- und Wegeverkehrs.
- Es ist zu prüfen, ob die Verkehrsführung, die aufgrund z.B. der Baustelle Rathaustunnel geändert wurde (Einbahnstraße Weststraße), dauerhaft bleibt und eine weitere Verkehrsberuhigung an der Knapperstraße durchführbar ist.
- Die Sanierung der Straßen wird fortgesetzt. Auf Landesebene setzt sich die SPD für eine Abschaffung der Anliegerkosten gemäß dem Kommunalabgabengesetz ein.



- Ampeln sollen nachts häufiger auf Kontakt geschaltet werden um lange Standzeiten in der Nacht zu vermeiden. Außerdem sollen tagsüber die Ampelschaltungen und Geschwindigkeitsregeln so bemessen werden, dass auf vielen Straßen eine sogenannte "Grüne Welle" ermöglicht wird.
- Eine Stärkung des Radverkehrs. Künftige Straßenbaumaßnahmen sollen so geplant werden, dass Radwege oder zumindest Schutzstreifen für Radfahrer auf den Fahrstreifen geplant werden. In der Innenstadt, an der Denkfabrik, am Bahnhof Brügge und weiteren stark frequentierten Orten der Stadt werden Stellplätze für Fahrräder eingerichtet oder ausgeweitet – zum Beispiel durch sogenannte Fahrradboxen. Darüber hinaus soll die räumliche Trennung des Verkehrs an Kreuzungen geprüft werden, um eine Beschleunigung des Radverkehrs zu ermöglichen. Für den Start sollen ausgewählte Busspuren für den Radverkehr freigegeben werden. Ein weiteres Ziel muss die Schaffung der Infrastruktur für (E)Bike- und Lastenrad-Sharing sein.
- Sofern noch nicht umgesetzt, soll im Umfeld von Schulen grundsätzlich Tempo 30 gelten.
- Ein Programm für Gehwege. Die umweltfreundlichste Form der Fortbewegung ist zu Fuß zu laufen. Deswegen müssen die bestehenden Gehwegenetze ertüchtigt, überdacht und ggf. erweitert werden. Neue Gehwege sollen die Anbindung der Stadtteile an das Zentrum für Fußgängerinnen und Fußgänger attraktiver machen. Dazu gehört es auch, bei Umbaumaßnahmen an Gehwegen schräg abgeflachte Bordsteine an Straßenquerungen zu verbauen, damit der Wechsel der Straßenseite barriereärmer wird.
- Die Einrichtung eines smarten Parkleitsystems für PKW und Fahrräder. Bei Stärkung alternativer Fortbewegungsmittel und der Durchführung des städtischen Klimaschutzkonzepts wird zukünftig weniger Parkraum für PKW benötigt. Daraus ergibt sich, dass die Stellplatzpflicht für Gewerbetreibende im Innenstadtbereich abgeschafft werden kann.
- Der Öffentliche Personennahverkehr wird gestärkt. Langfristig wird ein fahrscheinfreier Bus- und Zugverkehr angestrebt. Auf diesem Weg soll beispielsweise an Markttagen der ÖPNV auf Stadtebene ohne Ticket möglich sein. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob und inwieweit die Innenstadt die Mobilitätswende, etwa durch Busfreifahrten auf Kassenbons, mitgestalten kann. Innerhalb des Verkehrsverbunds werden wir uns dafür einsetzen, für den Stadtverkehr ein einfacheres, flexibles und digitales Tarifsysteem einzuführen. Auf Landesebene setzen wir uns für einen einheitlichen NRW-Tarif ein, damit Fahrten nach Köln oder ins Ruhrgebiet wegen des Tarifwechsels nicht unnötig teuer werden.



- Im Innenstadtbereich soll ein Ringbussystem eingeführt werden, das alle Teile der Fußgängerzone, den Bahnhof, die Christuskirche und den Hasley miteinander verbinden soll. Die Busse sollen mit elektrischem Antrieb betrieben werden.
- Alle Stadtteile sollen so an das ÖPNV-Netz angebunden sein, dass auch im späteren Abendbereich das Zentrum mit den Außenbezirken verbunden bleibt. Die Einführung smarterer On-Demand-Busfahrten (auf Abruf) kann eine geeignete Maßnahme sein, um dieses Ziel zu erreichen. Auch ein Ringbuskonzept für alle Außenbezirke für den Abendverkehr ist zu prüfen.
- Unser Ziel ist, die Zuganbindung nach Hagen durch eine engere Taktung weiter zu verbessern. Außerdem wollen wir uns für eine zuverlässigere Regionalbahn nach Köln einsetzen. Insbesondere wollen wir an Wochenenden und auch in den Abendstunden bessere Verbindungen zwischen Lüdenschied und Rhein und Ruhr. Daneben begreifen wir die jetzt schon halbstündige Bahnverbindung zwischen Brügge und Lüdenschied auch als einen Baustein nachhaltiger Stadtentwicklung.
- Wir befürworten die Einrichtung einer Hol- und Bringzone am Bahnhof. Geeignete Orte hierfür sollen von der Stadtverwaltung ermittelt werden.
- Gemeinsam mit der heimischen Wirtschaft wollen wir Anstrengungen unternehmen, den Bahnhof Brügge wieder für den Güterverkehr zu nutzen, um so unsere Wirtschaftsregion noch besser an überregionale Schienenwege anzubinden.



Wohnen

In den vergangenen Jahrzehnten hat Lüdenschied erheblich an Einwohnerinnen und Einwohnern verloren. Dies ist einerseits dem demografischen Wandel geschuldet, andererseits aber unter anderem auch der Abwanderung vieler junger Menschen nach ihrem Schul- oder Berufsabschluss. Dem stehen positive Entwicklungen entgegen. So sind zum Beispiel wider Erwarten die Geburtenzahlen in den vergangenen Jahren gestiegen.

Der sogenannte Pendlerüberschuss kennzeichnet Lüdenschied in besonderer Weise. Die Zahl an Menschen, die zur Arbeit in unsere Stadt fährt, liegt deutlich höher als die Zahl der Menschen, die von Lüdenschied aus in einen anderen Arbeitsort fährt. Diese Entwicklung geht so weit, dass sogar Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider – aus verschiedenen Gründen – in Nachbarstädte und -gemeinden ziehen. Der Arbeitsort bleibt, die Kinder dieser Familien gehen vielfach noch in Lüdenschied zur Schule oder besuchen unsere Kultureinrichtungen. Oft hat dies mit verfügbarem und bezahlbarem Bauland zu tun. Umweltpolitisch ist es ein Nullsummenspiel, wo eine zusätzliche Baufläche versiegelt wird. Der längere Weg zur Arbeit oder zur Schule erzeugt trotzdem mehr Emissionen.

Viele leerstehende Wohnungen in Lüdenschied finden auf dem Markt keine Nachfrage. Gleichzeitig wissen wir, dass die Verfügbarkeit von Wohnungen für Familien mit zwei oder mehr Kindern in unserer Stadt gering ist.

Wenn Menschen länger leben, benötigen sie auch länger ein Zuhause. Es ist unser Ziel, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Deswegen sind auch wohnungsbaupolitische Maßnahmen notwendig, um dieses Ziel zu erreichen.

Der zu erwartende Ausbau der Fachhochschule Südwestfalen wird mehr junge Menschen nach Lüdenschied bringen. In zahlreichen Unternehmen dieser Stadt arbeiten junge Absolventinnen und Absolventen auswärtiger Universitäten oder fahren für die Berufsausbildung täglich nach Lüdenschied. Diese jungen Menschen sollen nicht nur die Zukunft ihrer Unternehmen, sondern auch unserer Stadt sein.

Wir sehen: Lüdenschied hat als Wohnort noch Potential. Wir wollen alles tun, damit Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider weiterhin hier ihr Zuhause finden. Pendlerinnen und Pendler sollen sehen, dass bei uns nicht nur attraktive Arbeitsplätze vorhanden sind, sondern auch ein guter Raum zum Leben.



Lüdenscheids Wohnpolitik wollen wir den Bedürfnissen des neuen Jahrzehnts entsprechend gestalten. Dies umfasst die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, die Unterstützung altersgerechter Wohnformen und die Schaffung neuen Wohnraums für junge Familien. Lüdenscheid soll neues Zuhause für viele werden, die hier lernen, studieren und arbeiten. Für alle Lüdenscheider wollen wir neue Grünflächen in den Stadtteilen schaffen.

Im neuen Jahrzehnt soll der Wohn- und Baupolitik ein größeres Gewicht beigemessen werden.

Konkret bedeutet das für das **Wohnen...**

- Die Umsetzung des im Rat beschlossenen Handlungskonzepts Wohnen mit der Zielsetzung von mindestens 100 neuen Wohneinheiten pro Jahr.
- Eine Neuausrichtung der Lüdenscheider Wohnstätten AG, die sich aktiver in die Gestaltung von Stadtteilen und bei der Ausweisung sozialer Wohnformen einbringen soll.
- Gemeinsam mit den Akteuren des Wohnungsbaus und der Stadtteilkonferenzen soll die Stadtverwaltung in leerstehenden Geschäftsflächen in Mehrfamilienhäusern Stadtteilzentren einrichten, deren Räumlichkeiten mit Unterstützung der Stadt durch die Anwohnerinnen und Anwohner verwaltet und für verschiedene Anlässe angemietet werden können.
- Des Weiteren kann die Stadt durch aktives Leerstandsmanagement solcher Geschäftsflächen im Innenstadtbereich die Verbreitung von Pop-Up Stores und alternativen Geschäftsideen fördern. Länger leerstehende Ladenzeilen könnte man proaktiv auch zur Belebung heimischer Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe nutzen, indem man in Kooperation mit diesen Betrieben in diesen Leerständen Vorführäumlichkeiten ("Showrooms") einrichtet. Die Entwicklungen im ehemaligen Sauerland-Center an der Sauerfelder Straße sowie im ehemaligen Leffers-Gebäude am Sternplatz machen Hoffnung, dass in den nächsten fünf Jahren weitere Erfolge im Bereich der Bekämpfung Leerständen erzielt werden können.
- Den Schutz bestehender Sozialwohnungen und die Errichtung neuer Wohnungen mit Sozialbindung, um den Wegfall der Sozialbindung bei mehreren Hundert Wohneinheiten in den nächsten Jahren auszugleichen.
- Die Ausweitung barrierearmer und barrierefreier Wohnungen. Bei der Ausrüstung dieser Wohnungen soll auch die Expertise heimischer Unternehmen im Bereich der Gebäudesystemtechnik genutzt werden, damit ältere Menschen auch ohne große Umstände in ihrem gewohnten Umfeld leben können.



- Die Fokussierung auf junge Menschen und Familien bei der Planung neuer Wohnformen. Hierzu gehören Wohngemeinschaften oder auch Wohnheime für Studierende und Auszubildende.
- Die Ausweisung von Neubauflächen. Die Vergabe von Bauland nach dem Höchstbieterverfahren soll dabei kein Standard mehr sein, sodass die Verfügbarkeit von Flächen für alle Interessierten und nicht nur für die Höchstbietenden verbessert wird.
- Einen Ausgleich zwischen Neubaugebieten und dem Rückbau bestehender Wohnanlagen. In Wohngebieten sollen Möglichkeiten geschaffen werden, neue Grünflächen zu erschließen, die als „Oasen“ für die Anwohnerinnen und Anwohner genutzt werden sollen. Der Schaffung zusätzlicher Grünflächen in Wohngebieten soll auch die Begrünung von Hausdächern dienen.
- Bei der Ausweisung von Neubauflächen sollen gerade auch ehemalige Gewerbeflächen (Beispiel: Wiesenstraße) berücksichtigt werden. Ein entsprechender Rahmenplan ist bereits beschlossen.
- Gemeinsam mit den Stadtwerken als Partner sollen Wohnhäuser vermehrt mit Photovoltaik-Anlagen ausgerüstet werden.
- Neubaugebiete sollen verpflichtend auch einen Anteil an Häusern in Holzbauweise ausweisen.



Sauberkeit und Sicherheit

Die Lüdenscheider SPD steht für den aktiven Schutz aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Präventionsmaßnahmen sind dabei ein wichtiges Instrument. Sie sind maßgeblich bei der Erstellung und regelmäßigen Überprüfung und Aktualisierung von Sicherheits- und Sauberkeitskonzepten für unsere Stadt. Ein aktiver Austausch und eine verbindliche und enge Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden, der Polizei, dem STL und anderen Kommunen ist für uns selbstverständlich. Mit dem Projekt „SUSI – Saubere und Sichere Stadt Lüdenscheid“ hat die Lüdenscheider SPD den Startschuss für mehrere überparteiliche Initiativen gegeben, die für mehr Sauberkeit und Sicherheit in Lüdenscheid sorgen sollen. Der eingeschlagene Weg soll konsequent weiter gegangen werden.

Konkret bedeutet das für die **Sauberkeit und Sicherheit...**

- Der STL ist ein wichtiger Partner für Lüdenscheid. Wir wollen daran festhalten, dass die Müllentsorgung in unserer Stadt in städtischer Hand bleibt. Gewohnt günstig und einfach sollen die Entsorgungs-Dienstleistungen am Werkshof erhalten bleiben.
- Gemeinsam mit dem STL soll regelmäßig der Bestand z.B. an Sammelstellen überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Wo immer möglich, sollen neue Formen der Sammelstellen (z.B. unter der Erde liegende Container, digitale Elemente) geprüft und zum Einsatz gebracht werden und im Hinblick auf Effizienz, Sauberkeit und Umsetzbarkeit bewertet werden.
- Der starke STL benötigt aber auch Unterstützung. Die härtere Sanktionierung von Müllsünderinnen und Müllsündern ist und bleibt richtig. Inwiefern weitere Maßnahmen notwendig sind, wird sich am Erfolg der „Müllstreife“ sowie der Möglichkeiten der „Melde-App“ beurteilen lassen.
- Unser Ziel ist es, dass alle Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider, die in unserer Stadt und egal zu welcher Uhrzeit unterwegs sind, sicher nach Hause kommen. Die Verbesserung der Lichtverhältnisse insbesondere in der Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen sind daher ein wichtiges Anliegen, um das Sicherheitsgefühl in der Stadt zu stärken. Hierfür hat die SPD eine Nachbesserung des Lichtkonzepts im Stadtrat durchgesetzt. Darüber hinaus wird die Lichtkonzeption im ganzen Stadtgebiet zu überprüfen und ggf. anzupassen sein. Eine ausreichende Beleuchtung unserer Straßen ist sicherzustellen. Dabei gehen wir den Weg der Umstellung auf LED konsequent weiter, um auch den ökologischen Gesichtspunkten dabei Rechnung zu tragen.



- Gemeinsam mit der Polizei und dem Ordnungsamt soll dafür gesorgt werden, Angsträume in der Stadt ausfindig zu machen, und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern – zum Beispiel durch Veranstaltungen oder Online-Beteiligung – sollen Maßnahmen überlegt werden, wie sich die Situation verbessern kann.
- Grundsätzlich gilt, dass die Feuerwehr und die Polizei für unser aller Sicherheit zuständig sind. Ihr Einsatz muss uns als Gesellschaft etwas wert sein, nämlich Anerkennung, gute Bezahlung und entsprechendes Material und Ausrüstung. Bei der Feuerwehr arbeiten wir deshalb gemeinsam mit den Kameradinnen und Kameraden an der Umsetzung des Organisationsgutachtens. Für die Polizei sehen wir die Landesregierung in der Verantwortung für angemessene Rahmenbedingungen zu sorgen.
- Noch einmal klar und deutlich: Die städtische Feuerwehr sorgt für ein hohes Maß an Sicherheit in Lüdenscheid. Um die Schlagkraft der Hauptwache sowie der Löschzüge in den Stadtteilen zu verbessern, muss wie gehabt in bestes Gerät investiert werden. Zug um Zug sollen weitere Gerätehäuser neu gebaut oder instandgesetzt werden. Die Realisierung der neuen Hauptwache hat hohe Priorität. Dafür treffen wir schon länger auch eine finanzielle Vorsorge.
- Das Organisationsgutachten zur Arbeit der Feuerwehr hat Verwaltung und Politik zahlreiche Hausaufgaben gestellt. Diese sind zügig zu bearbeiten.
- Die Unterstützung der Fördervereine z. B. bei den Löschzweigen oder der Jugendfeuerwehr hat weiter hohe Priorität.
- Auch Initiativen wie die „SOKO Respekt“ verdienen jede Unterstützung. Übergriffe auf haupt- und ehrenamtliche Rettungs- beziehungsweise Sicherheitskräfte können und werden wir nicht dulden.
- Zu einem schönen Stadtbild gehört auch, dass mehr grün ins Stadtbild integriert wird. Verkehrsinseln sollen daher wieder begrünt werden.
- Im Zuge der Sanierung von Alt- und Oberstadt wollen wir die Aufenthaltsqualität noch weiter erhöhen, indem wir zunächst nur in der Altstadt Laternen und Masten mit Blumenhängekörben nach englischem oder niederländischem Vorbild versehen. Dies kann dann ggf. als Blaupause für weitere Bereiche der Innen- und Oberstadt sein.
- Die bereits bestehenden Kooperationen zwischen STL und den Schulen und Kindergärten unserer Stadt sollen gefestigt und weiter ausgebaut werden, um junge Menschen früh für die Themen Umweltschutz, Müllvermeidung und Nachhaltigkeit zu sensibilisieren.



- Die Einrichtung neuer öffentlicher Toiletten im gesamten Stadtgebiet soll geprüft werden. Dabei muss Sorge dafür getragen werden, dass diese öffentlichen Toiletten gereinigt werden und möglichst vor Vandalismus-Schäden geschützt werden können.
- Im gesamten Stadtgebiet sollen neue Ruhebänke errichtet werden. Insbesondere in der Innenstadt fehlen Möglichkeiten, eine kurze Rast zu machen. Diese Ruhemöglichkeiten müssen dauerhaft nutzbar sein. Deswegen muss hier ein Schwerpunkt bei den Sauberkeitskontrollen der Ordnungskräfte gesetzt werden. Die Vorhaltung weiterer Mülleimer im innerstädtischen Bereich sollen zudem für mehr Sauberkeit sorgen.



Junges Lüdenscheid

Lüdenscheids Politik für junge Menschen und junge Familien muss eine Einladung an sie sein, in unserer Stadt gerne zu leben und sich frei entfalten zu können. Auf dem Weg der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit wollen und müssen junge Menschen sich ausprobieren. Dazu benötigen sie Freiräume. Auf diesem Weg wollen wir sie begleiten und fördern. Zugleich müssen wir Unterstützung bieten bei den stetig steigenden Anforderungen im Bereich Bildung, Berufseinstieg und Weiterbildung. Der Stadtjugendring, das Jugendkulturbüro und die städtischen Jugendeinrichtungen und die freier Träger sind dabei wichtige Institutionen und Einrichtungen der Stadt Lüdenscheid für Kinder und Jugendliche ganz unterschiedlichen Alters. Diese wollen wir weiterhin unterstützen und durch ergänzende weitere Angebote ausbauen. Die gesamte Angebotspalette für Kinder, Jugendliche, aber auch für ihre Eltern soll attraktiver werden, um auch die Zahl der Wahrnehmung der Angebote deutlich zu erhöhen.

Konkret bedeutet das für den Aspekt **Junges Lüdenscheid...**

- Der in der laufenden Amtsperiode verabschiedete Jugendförderplan muss umgesetzt werden. In ihm sind viele gute Maßnahmen zusammengefasst worden, zugleich garantiert er für städtische und freie Träger der Jugendhilfe Sicherheit. Sichere Rahmenbedingungen für ihre unverzichtbare Arbeit sind unabdingbar.
- Wir wollen mehr Raum für junge Menschen in der Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen, wie z.B. neue Spielplätze, Sportanlagen (auch für Trendsportarten), Skateanlagen, etc.
- Die Jahnhalle soll auch in Zukunft Ort der Begegnung junger Menschen sein. Ein entsprechendes Konzept soll ausgearbeitet werden. Die Außenflächen sollen für Graffiti-Kunst erhalten bleiben.
- Die Umgestaltung des Kulturhausparks soll zieloffen geprüft werden. Verschiedene Konzepte sollen dabei eingebracht und diskutiert werden. Explizit gehört auch die Möglichkeit eines Skateparks dazu.
- Wir stehen zu stadtteilnahen Jugendtreffs und einer Jugendarbeit, die mit städtischen und freien Angeboten in den Stadtteilen organisiert wird. Hierfür sollen die Jugendtreffs kleine Budgets zur Selbstverwaltung erhalten. Wir stehen weiterhin für eine konstant aufsuchende Jugendarbeit.



- Das Spielplatzkonzept der Stadt soll reformiert werden. Neue Spielanlagen und Besonderheiten auf den Plätzen sollen sie attraktiver machen.
- Bei der Errichtung von Spiel- und Schulplätzen soll nach dem Vorbild des Schulhofs auf der Knapper Schule und der Tinsberger Schule eine größere Beteiligung der künftigen kleinen Nutzerinnen und Nutzer organisiert werden.
- Auch für Kinder und Jugendliche werden neue Beteiligungsformen geschaffen, sei es über die Schülervertretungen oder wenn machbar auch über ein städtisches Jugendparlament. Junge Menschen benötigen Freiräume. Diese sollen sie auch selbst organisieren und mitgestalten können. Dabei kann auch der Einsatz digitaler Beteiligungsformate dienen.



Demografie. Gesundheit und Pflege

Der Ausbruch der Corona-Pandemie in diesem Jahr zeigt, wie notwendig eine gute medizinische Infrastruktur ist. Nicht nur in Krisenzeiten müssen wir alles dafür tun, dass alle Menschen, aber insbesondere auch ältere Menschen, bestens versorgt sind. Die allgemein- und fachärztliche Versorgung bleibt eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Gemeinsam mit dem Märkischen Kreis, den Institutionen der Gesundheitsversorgung und der Wirtschaftsförderung wollen wir attraktive Angebote schaffen.

Wir unterstützen die Pflegeberatung unserer Stadt und des Märkischen Kreises, die ermöglicht, dass viele Menschen länger in ihrem Zuhause bleiben können, bevor sie in eine stationäre Pflegeeinrichtung ziehen. Gemeinsam mit den Trägern der Wohnungswirtschaft ist zu überlegen, wie man durch gebäudetechnische Maßnahmen in Mehrfamilienhäusern dieses Anliegen unterstützen kann.

Die verkehrspolitischen Maßnahmen sind auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu betrachten. Neue Mobilitätskonzepte müssen dazu führen, dass ältere Menschen besser angebunden werden. Insbesondere für die Außenbereiche der Stadt ist zu überlegen, wie die schlechte Anbindung an den Busverkehr kompensiert werden kann, zum Beispiel durch subventionierte Taxi-Fahrten.

Die Arbeit der Interessensvertretung für Menschen mit Behinderung hat in den vergangenen Jahren viele Verbesserungen für das Leben von Menschen mit Behinderungen erkämpft. Die Arbeit dieses Gremiums soll künftig erleichtert werden.

Die Verbindungen von Familien sind nicht mehr so eng wie früher geknüpft. Kinder und Enkel wohnen oft nicht in der Nähe. Ältere Menschen ohne weitere Verwandte sind oft einsam.

Lüdenscheid soll auch für Menschen, die in den Ruhestand getreten sind, ein gutes Zuhause bleiben. Wir wollen dafür sorgen, dass bis ins höchste Alter die Teilhabe an allen Lebensbereichen wie Sport, Kultur und Weiterbildung möglich ist. Die Stärken und Erfahrungen älterer Menschen sind für eine funktionierende Gesellschaft lebensnotwendig. Sie zu nutzen, stärkt den Zusammenhalt in unserer Stadt.

Konkret bedeutet das für die Bereiche **Demografie, Gesundheit und Pflege...**

- Wohnungs- und mobilitätspolitische Offensiven zu planen (siehe Kapitel Wohnen oder Mobilität in diesem Programm)



- Die Einführung einer jährlichen Anbieterversammlung für ehrenamtlich Aktive, damit Vereine, Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie sonstige Organisationen sich präsentieren können.
- Die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Seniorenarbeit, die auch eine stadtteilbezogene Quartiersarbeit beinhaltet, um der Vereinsamung älterer Menschen entgegenzuwirken. Erste Schritte sind wir bereits mit einem Antrag zur aufsuchenden Seniorenarbeit gegangen. Dies soll auch durch die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen erleichtert werden. Weitere Schritte sollen folgen.
- Die ärztliche Versorgung in unserer Stadt dauerhaft sicherzustellen. In letzter Konsequenz sollen die Märkischen Kliniken oder die Kommune selbst die Einrichtung von Versorgungszentren betreiben. Die Märkischen Kliniken müssen in öffentlicher Trägerschaft bleiben. Wie wichtig der Betrieb solcher Kliniken in öffentlicher und nicht in privater Hand sind, zeigt die derzeitige Coronakrise in besonderer Weise.



Die Arbeit der Verwaltung

Die Digitalisierung und immer neue Aufgaben, die der Gesetzgeber den Stadtverwaltungen aufgetragen hat, stellt auch die Lüdenscheider Verwaltung vor große Herausforderungen. Gleichzeitig erheben die Bürgerinnen und Bürger zu Recht den Anspruch, dass die Arbeit der Stadtverwaltung weiterhin auch dafür sorgt, dass die Menschen sich in ihrer Stadt sicher fühlen. Die Digitalisierung ist elementarer Bestandteil unseres Lebens und sie wird es in Zukunft weiter stark verändern. Hier ist die Verwaltung gefordert, diesen Prozess transparent, offen, sozialverträglich und umfassend zu gestalten, zu moderieren und umzusetzen. Es gilt Ängste ernst zu nehmen und zugleich die umfassenden Chancen für Verwaltung und Stadt und ihre Menschen zu erkennen und zu ergreifen und zugleich durch die Kontrolle des öffentlichen Raumes den Schutz der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

Konkret bedeutet das für die **Arbeit der Verwaltung...**

- Wir wollen die Bürgerbeteiligung stärken. Stadtteilkonferenzen sollen noch stärker genutzt werden, um die aktiven Kräfte im Stadtteil besser miteinander zu vernetzen. Dafür sollen neue Stadtteilkonferenzen – zum Beispiel am Buckesfeld – geschaffen werden. Die bestehenden Stadtteilkonferenzen sollen mit eigenen festen Budgets die Möglichkeit erhalten, Aktionen in der Nachbarschaft selbstbestimmt und personell begleitet durchführen zu können.
- Auch bei der Stadtgestaltung soll die Stadtverwaltung mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Hierbei sollen auch digitale Möglichkeiten gestärkt und genutzt werden.
- Der Zugang zur Verwaltung über das Internet und die sozialen Medien wird weiter erleichtert. Dazu können Online-Umfragen oder auch die Möglichkeit, Stellungnahmen zu Planungsverfahren aus dem Netz hinzuziehen, gehören. Egal, um welches Anliegen es geht: Die Stadtverwaltung soll Partnerin der Bürgerinnen und Bürger sein.
- Dies bedeutet auch, dass digitale Sicherheitskonzepte stetig aktualisiert und umgesetzt werden.
- Die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung und als Serviceleistung für die Bürgerinnen und Bürger soll weiter vorangetrieben werden.



- Wir möchten einen breiten gesellschaftlichen Dialog zur Digitalisierung der Verwaltung (innerhalb und außerhalb der Verwaltung) sowie der Stadt anstoßen und umsetzen. Vorbild kann die Beteiligung im Bereich „Globale nachhaltige Kommune“ sein. So soll der Fokus weg von Ängsten hin zu den Chancen verschieben.
- Public Money – Public Code: Quellcode von Software, die für Behörden gemacht wird, soll offen verfügbar sein. Dies gilt natürlich nur für Bereiche, in denen das urheberrechtlich möglich ist.
- Bei der Beschaffung neuer Software ist im Vorfeld zu prüfen, ob ggf. auch Open-Source-Software zur Verfügung steht, die den gleichen Anforderungsprofilen der üblichen Software entspricht. Dies kann zu Einsparungen im Bereich der Lizenzgebühren beitragen.
- Das Angebot an frei zugänglichem W-LAN soll in allen städtischen Gebäuden sowie per HotSpots in der Innenstadt ausgebaut werden und zur Verfügung stehen.
- Die Internetgeschwindigkeit sowie die Mobilfunk-Netzabdeckung sollen in ganz Lüdenscheid ausgebaut und auf einen hohen Standard gebracht und gehalten werden. Dies ist nicht nur für private Haushalte, sondern auch für öffentliche Institutionen und insbesondere die Unternehmen von hoher Bedeutung.
- Die Herausforderungen der neuen Zeit benötigen auch neue Ideen für die Verwaltungsführung. Die Führungsstruktur ist zu überprüfen. Insgesamt soll die Stadtverwaltung ein Ort sein, in dem kollegial, offen und ohne unnötige Barrieren daran gearbeitet wird, unsere Stadt **zu optimieren**. Dazu müssen Instrumente wie die Aufgabenkritik oder regelmäßige Mitarbeiterbefragungen gelebt werden.
- Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll u.a. durch beteiligende Workshops gestärkt werden.
- Wir möchten die Rekommunalisierung der Reinigung in unseren städtischen Gebäuden. Das Haushaltssicherungskonzept neigt sich dem Ende zu und es werden sich neue Spielräume ergeben. Die Corona-Pandemie hat uns noch einmal eindringlich gezeigt, wie wichtig eine gute Hygiene bspw. in unseren städtischen Kitas, Schulen oder weiterer öffentlicher Einrichtungen ist. Darüber hinaus müssen wir aber auch dringend über die Arbeitsbedingungen der Menschen in einem privatisierten Sektor sprechen, die für unser aller Wohl im Bereich der Gebäudereinigung tätig sind. Hier haben wir als Kommune eine große Verantwortung und wir müssen die Frage aufwerfen, wie eine Stadt eigentlich insgesamt mit Menschen umgehen soll und möchte. Vor diesem Hintergrund gehört die Gebäudereinigung zwingend wieder in öffentliche Hand, um den Beschäftigten Sicherheit, Perspektive, Identifikation und gute Arbeitsbedingungen zu geben.



- Wir setzen uns für die Schaffung eines eigenen Umwelt-Fachbereichs ein. Damit sollen die Themen „Umwelt und Nachhaltigkeit“ auch innerhalb der Verwaltung prominenter bearbeitet werden. Nach außen wie innen soll das Zeichen gesetzt werden: Für Lüdenschied hat Nachhaltigkeit eine hohe Priorität.
- Gemeinsam haben Verwaltung und Politik dafür Sorge zu tragen, dass es eine bedarfsgerechte Personalplanung bei der Stadtverwaltung gibt. Kein Sparkurs darf dazu führen, dass die Verwaltung beim Personal knapp wird. Hierfür muss auch die Ausbildungsquote noch weiter erhöht werden, um dem absehbaren Weggang von Personal aus Altersgründen entgegenwirken zu können. Aufstiegsmöglichkeiten für Verwaltungskräfte sollen insbesondere für Kräfte des mittleren Dienstes verbessert werden.
- Eine Lüdenschied-App soll Services der Verwaltung wie die Melde-App oder Anmeldung von Sondermüll mit Stadtteilnetzwerken, sozialen Medien und bspw. der Möglichkeit, Bustickets zu kaufen, verbinden. So schaffen wir eine mobile digitale Infrastruktur für Lüdenschied.



Sport und Freizeit

Vereine organisieren einen großen Teil unseres Zusammenlebens. In vielen Bereichen erfüllen sie mit ihren ehrenamtlichen Kräften viele Aufgaben, die sonst nur mit hohem Aufwand durch die Verwaltung oder aber gar nicht zu leisten wären. Deswegen wollen wir ehrenamtliches Engagement unterstützen. Insbesondere in Sportvereinen finden viele junge Menschen Halt und soziale Anbindung. Allerdings machen auch der demografische Wandel, veränderte Arbeitsbedingungen und auch alternatives Freizeitverhalten vor den Vereinen keinen Halt. Immer weniger junge Menschen engagieren sich in Funktionen in Vereinen. Durch eine aktive Unterstützung der Jugendarbeit in den Vereinen wollen wir dem zunehmenden Trend der Individualisierung entgegenwirken.

Die Verfügbarkeit unterschiedlicher Freizeitmöglichkeiten ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität einer Stadt. Das veränderte Freizeitverhalten der Menschen soll hier stärker berücksichtigt werden, um Lüdenscheid attraktiver zu machen.

Lüdenscheid verfügt über eine vielfältige und lebendige Gastroszene. Die Coronakrise wird auch auf diesen Bereich erhebliche Auswirkungen haben, wenn es uns nicht gelingt, unterstützend einzugreifen. Nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft sollen Gastronomen in der Stadt bei ihren Anliegen unterstützt werden.

Lüdenscheid blickt auf eine lange Zuwanderungsgeschichte zurück. In der Regel hing die Migration mit dem großen Angebot an Arbeitsplätzen zusammen, sodass viele Menschen hier ihre Arbeit finden konnten. Im Betrieb, in Vereinen und in der Nachbarschaft spielt die ethnische oder sonstige Herkunft keine Rolle. Das soll auch so bleiben.

Konkret bedeutet das für das **Zusammenleben in unserer Stadt...**

- Wir wollen die Koordination der städtischen Sportarbeit durch finanzielle Zuschüsse für hauptamtliches Personal in Kooperation mit dem Stadtsportverband stärken.
- Gebühren für die Nutzung von Hallen und sonstigen Sportstätten lehnen wir ab. Die Nutzung dieser für Vereinssport auch in den Schulferien soll nach Rücksprache und unter Rücksichtnahme auf Instandhaltungsmaßnahmen ausgebaut werden.
- Dem Lüdenscheider Stadtmarketing fällt eine koordinierende und steuernde Rolle zu, um insbesondere in der Zeit nach der Coronakrise den Gastronomen der Stadt unter die Arme zu greifen.



- Großveranstaltungen, die maßgeblich von Vereinen und LSM getragen werden (wie etwa Bautz), sollen auch in Zukunft stattfinden. Dies gilt gleichermaßen für weitere Events (wie etwa die Lichttrouten). Darüber hinaus gibt es Vieles mehr. Diese beiden Veranstaltungen repräsentieren jedoch den hohen Strahlwert über die Stadtgrenzen hinaus und tragen in erheblichem Maße zu einem positiven Image der Stadt Lüdenscheid bei.
- Bei der Schaffung von Außengastronomie soll den Gastronomen schnell und möglichst unbürokratisch geholfen werden.
- Die Gestaltungssatzung der Stadt ist auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Coronakrise zu diskutieren und ggf. anzupassen.
- Vereine sollen auch in Zukunft die Möglichkeiten bekommen, sich im Rahmen bspw. des Stadtfestes mit ihrem Wirken für unser Zusammenleben einer breiten Öffentlichkeit präsentieren zu können.
- Unsere Gastroszene, Event-Veranstalter und Vereine benötigen einen zentralen Ansprechpartner bei der Verwaltung, der sich um ihre Belange und Genehmigungsverfahren kümmert. Wir wollen eine neue Stelle bei der Stadtverwaltung schaffen, die sich als Dienstleister für diese Gruppen ausweist.
- Neben der Stärkung des Radverkehrs gehören zu einem alternativen Freizeitverhalten etwa auch Strecken für Mountainbikefahrer, die Ertüchtigung von Hallen und Plätzen für Trendsportarten und die bereits erwähnte Einrichtung weiterer Grünflächen als Erholungsasien. Diese Maßnahmen können einerseits dazu beitragen, die Lebensqualität für Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider zu erhöhen, andererseits können sie auch als Magnet für Auswärtige dienen.
- Bei der Ertüchtigung des Nattenbergs für Veranstaltungen wie Bautz sollen Synergien genutzt werden. Bei der Abtragung von Erdreich am Sportplatz Nattenberg könnte dies z. B. für die Gestaltung eines Sportbergs am Rodelhang verwendet werden, der sowohl im Winter als auch im Sommer für Freizeitaktivitäten genutzt werden kann.
- Mit der Ertüchtigung des Geländes rund um das Nattenbergstadion hat die Stadt eine neue Örtlichkeit für größere Veranstaltungen geschaffen. Die für verschiedene Festivitäten genutzte Fläche am Bahnhofsareal könnte aufgrund der Erweiterung des Bildungsquartiers Denkfabrik wegfallen. Dafür stehen unter anderem die Innenstadtplätze, die Osterfeuer-Fläche gegenüber des Saunadorfs sowie auch der Kirmesplatz an der Hohen Steinert unter Regie des BSV für Veranstaltungen verschiedener Art parat. Diese Plätze sollen in Kooperation von Eigentümerinnen und Eigentümern sowie dem Stadtmarketing stärker beworben werden.



- Lüdenscheid ist eine weltoffene, tolerante und bunte Stadt. Unsere Vielfalt ist von unschätzbarem Wert für unser Zusammenleben. Um die Integration über den Arbeitsplatz und das Zusammenleben in Vereinen beziehungsweise der Nachbarschaft zu fördern, wollen wir weitere Projekte anstoßen, Feste ermöglichen und Präsentationsmöglichkeiten für unsere vielfältigen Vereine schaffen. Ein besonders positives Beispiel aus der Vergangenheit war die Ausstellung „Wir hier“ in unserem Museum.
- Ehrenamt soll Vorteile bieten. Die Ehrenamtskarte muss bessere Angebote enthalten, mehr Attraktivität bieten und besser vermarktet werden.



Natur und Umwelt

Der Klimaschutz wird in den kommenden Jahren die große Klammer um unser politisches Handeln bilden. Ob es die Arbeit der Verwaltung betrifft, die Gestaltung der Innenstadt und der Stadtteile oder auch die gemeinsamen Anstrengungen für gute Arbeitsplätze: Die Zukunft unseres Planeten und der Erhalt unserer Landschaft müssen bei allen Maßnahmen mitgedacht werden.

Die SPD Lüdenscheid stellt sich dieser Verantwortung und sucht nach nachhaltigen Lösungen für Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Umwelt- und Klimaschutz ist das verbindende Element für jedwedes politisches Handeln, da wir der festen Überzeugung sind, dass diese Themen alle Lebensbereiche der Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider betreffen.

Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als ein selbstbestimmtes Leben auch für zukünftige Generationen. Daher werden wir in allen Projekten grundsätzliche Prinzipien einer nachhaltigen Nutzung wie etwa naturverträgliche Bauweise und Technologien oder einen geringeren oder optimierten Ressourcenverbrauch beachten und Kreisläufe schließen.

Konkret bedeutet das für den Bereich **Natur und Umwelt...**

- Wir setzen uns für die Schaffung eines eigenen Umwelt-Fachbereichs ein. Damit sollen die Themen „Umwelt und Nachhaltigkeit“ auch innerhalb der Verwaltung prominenter bearbeitet werden. Nach außen wie innen soll das Zeichen gesetzt werden: Für Lüdenscheid hat Nachhaltigkeit eine hohe Priorität.
- Das Aktionsprogramm Klimaschutz soll schrittweise umgesetzt, stetig evaluiert und ggf. erweitert und angepasst werden.
- Das Projekt „Global nachhaltige Kommune“ soll weiter mit hoher Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vorangetrieben werden. Eine Erweiterung hin zu einem ganzheitlichen Stadtentwicklungskonzept ist anzustreben.
- Im Rahmen der Schaffung neuen Baulands soll auch Raum für eine nachhaltige und emissionsneutrale Wohnsiedlung geschaffen werden. Auch die Errichtung von neuen Immobilien in Holzbauweise soll gefördert werden. Bei der Planung weiterer Bauflächen soll auch die Erzeugung von Fernwärme geprüft werden. Angesichts immer stärker werdender Trockenheitsperioden müssen neue Strategie der Versickerung und der Aufstauung von Regenwasser umgesetzt werden.



- Wir wollen private Initiativen unterstützen, die sich für z.B. für mehr Photovoltaik-Anlagen oder andere umweltpolitische Themenaspekte in der Stadt einsetzen. Der Bau von Windkraftanlagen an geeigneten Standorten soll lokal ermöglicht werden als Beitrag zur regionalen Wertschöpfung bei der Energiewende. Auch Freiflächensolaranlagen in der Nähe der Autobahn sollten entwickelt werden.
- Die Stadtwerke Lüdenscheid sollen hierbei eine moderierende und gestaltende Rolle einnehmen. Im Verbund der ENERVIE als regionaler Energieversorger muss die Daseinsvorsorge weiterhin in kommunaler Hand bleiben, nur so können Versorgungssicherheit, Transparenz und demokratische Mitbestimmung mittel- und langfristig gesichert werden.
- Die Dächer städtischer Gebäude sollen grundsätzlich für neue Solaranlagen zur Verfügung stehen.
- Etwaige neue Gewerbegebiete dürfen kein Selbstzweck sein. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass neue Gewerbegebiete nur mit hohen Nachhaltigkeitsstandards möglich gemacht werden. Dazu gehören zum Beispiel Auflagen zur Kreislaufwirtschaft, die effiziente Flächennutzung und die Verpflichtung, Energie zu einem großen Teil selbst zu erzeugen.
- Sollten neue Gewerbeflächen entstehen, muss die Stadt Lüdenscheid an anderer Stelle dafür sorgen, dass zur Kompensation ehemalige Industrie- oder Wohnflächen für eine Renaturierung verwendet werden.
- Zur Unterstützung der Artenvielfalt, insbesondere der Bienen, werden wir die Neuanlage von wilden Wiesen oder aber etwa die Begrünung der Dächer von Bushaltestellen prüfen und wo möglich umsetzen.
- Für eine nachhaltige Entwicklung ist eine Vernetzung mit Partnern und die Bündelung von Wissen wesentlicher Baustein. Dies soll explizit gefördert werden, wie z.B. die Partnerschaft der Stadt und städtischer Schulen mit White Bear Lake in Minnesota, USA.
- Die konzeptionelle Verbindung der Grünflächen der Stadt – ggf. auch themenbasierte Widmung – soll vorangetrieben werden. Das Grünflächenkonzept der Stadt ist zu überarbeiten und zeitgemäß anzupassen. Als erstes Projekt könnte hierzu die Ertüchtigung des Höher Grundweges dienen mit der Begradigung der Wegefläche, der Aufstellung von Bänken mit bester Aussicht auf das Stadtgebiet und den Bierbaum und die Errichtung von Trimmstationen für Erwachsene bis ins hohe Alter.



- Wir setzen uns für die flächendeckende Einführung einer gelben Tonne ein, die das System des gelben Kunststoffsockes ablöst. Dies hat mehrere Gründe. U. a. ist die Lösung deutlich umweltschonender und darüber hinaus wird das Umherfliegen von Plastikmüll in der Folge durch Wind verteilter oder durch Vandalismus zerstörter Tüten im Stadtbild vermieden. Zusätzliche Reinigungen durch den STL können so verringert und das Stadtbild insgesamt sauberer gehalten werden.
- Der Fuhrpark der Stadtverwaltung (inklusive STL) soll auf seine Nachhaltigkeit und ökonomisch und ökologische Vertretbarkeit überprüft werden. Wenn möglich und ökologisch sinnvoll, sollen Verbrennungsmotoren durch umweltfreundlichere Fahrzeuge ausgetauscht werden.
- Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt wollen wir das Projekt „Ein Wald für Lüdenscheid“ ins Leben rufen. Durch städtische Gelder und Crowdfunding sollen zusätzliche Flächen für Bäume geschaffen werden und kahle Waldflächen wieder ergänzt werden.

